

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Tom Koenigs, Omid Nouripour, Uwe Kekeritz, Agnieszka Brugger, Jürgen Trittin, Claudia Roth (Augsburg), Annalena Baerbock, Marieluise Beck (Bremen), Dr. Franziska Brantner, Dr. Tobias Lindner, Cem Özdemir, Manuel Sarrazin, Dr. Frithjof Schmidt, Doris Wagner, Matthias Gastel, Stephan Kühn (Dresden), Peter Meiwald, Dr. Julia Verlinden, Dr. Valerie Wilms und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundesminister des Auswärtigen

70 Jahre Vereinte Nationen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Im 70. Jahr ihres Bestehens sind die Vereinten Nationen relevanter denn je. Wir brauchen die Vereinten Nationen, um für die kommenden Jahrzehnte neue Formen der internationalen Zusammenarbeit endlich anzustoßen. Gerade jetzt zeigt sich, wie wichtig die Vereinten Nationen sind, um die Welt friedlicher und nachhaltiger zu gestalten. Sie versorgen Millionen syrischer Flüchtlinge im Nahen Osten, schützen Zivilistinnen und Zivilisten im Süd-Sudan, vermitteln im Jemen, in Syrien und in Libyen zwischen Kriegsparteien, treiben die globalen Klimaverhandlungen voran und bekämpfen Infektionskrankheiten. Nicht zuletzt haben die Vereinten Nationen vor wenigen Tagen neue globale Nachhaltigkeits- und Entwicklungsziele verabschiedet, die alle Staaten zur dringend notwendigen sozial-ökologischen Transformation verpflichten.

Deutschland und die EU müssen gerade in dieser krisenhaften Zeit im Rahmen der Vereinten Nationen mehr Verantwortung übernehmen: Für den Frieden und für mehr Gerechtigkeit weltweit, für eine Politik, die sich an den Menschenrechten ausrichtet und das Recht des Stärkeren begrenzt, für die Vorbeugung von Konflikten und den Schutz von Menschen in Konfliktregionen vor Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen. In wechselnden „Koalitionen der Willigen“ sind diese globalen Herausforderungen nicht zu bewältigen. Deshalb brauchen wir starke Vereinte Nationen. Keine andere Institution in der Welt besitzt mehr Legitimität.

Damit sich Staaten innerhalb der Vereinten Nationen gleichberechtigt darum bemühen, Gerechtigkeit zu schaffen sowie Gewalt und kriegerische Auseinandersetzung zu beenden, sind zweifelsohne Reformen notwendig. Doch nur aktive Mitglieder können Veränderung bewirken. Deutschland sollte und muss sich deshalb stärker engagieren, diesen Reformprozess tatkräftig mitzugestalten und somit zur Stärkung der Vereinten Nationen beitragen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- 1) die Vereinten Nationen ins Zentrum deutscher Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik zu stellen;
- 2) den Vereinten Nationen gerade in Krisensituationen politisch größeres Gewicht zu geben und sich dafür zu engagieren, dass die Arbeit der VN im Bereich zivile Krisenprävention, Mediation und friedliche Konfliktbeilegung auf eine bessere finanzielle Grundlage gestellt wird;
- 3) die friedenserhaltenden Missionen der Vereinten Nationen mit mehr polizeilichem, zivilem und militärischem Personal zu unterstützen;
- 4) die Empfehlungen des VN-Generalsekretärs zur Zukunft von Friedensmissionen (siehe Bericht S/2015/682) als eigenen Arbeitsauftrag zu verstehen und sich tatkräftig an ihrer Umsetzung zu beteiligen;
- 5) das Ziel eines deutschen ständigen Sitzes im Sicherheitsrats aufzugeben und sich stattdessen dafür einzusetzen, dass der oder die nichtständige(n) europäische(n) Sitz(e) der westlichen Gruppe im Sicherheitsrat unter Einbeziehung des Vereinigten Königreichs und Frankreichs zur permanenten europäischen Vertretung ausgebaut wird/werden;
- 6) die Menschenrechtsarbeit der Vereinten Nationen materiell und politisch zu stärken – auch, indem alle relevanten VN-Konventionen von Deutschland ratifiziert und umgesetzt werden;
- 7) die entwicklungspolitische und humanitäre Arbeit der Vereinten Nationen besser auszustatten und dabei die freiwilligen, nicht zweckgebundenen Beiträge auszubauen;
- 8) dazu beizutragen, dass der ECOSOC als global orientiertes Forum für Wirtschafts- und Sozialfragen politisch aufgewertet wird;
- 9) sich dafür einzusetzen, dass das Umwelt-Programm der Vereinten Nationen (UNEP) zu einer Sonderorganisation, einer „United Nations Environmental Organization (UNEO)“ aufgewertet wird;
- 10) eine kohärente VN-Strategie zu entwickeln, die die deutsche VN-Politik zwischen den einzelnen Bundesministerien steuert und inhaltliche Prioritäten definiert;
- 11) ein/e StaatsministerIn für die Vereinten Nationen mit der inhaltlichen Schwerpunktsetzung und Koordination der VN-Politik der Bundesrepublik Deutschland zu betrauen;
- 12) den Bundestag, die Zivilgesellschaft und die Öffentlichkeit besser über das deutsche Engagement in den Vereinten Nationen zu informieren und stärker an der Erarbeitung und Umsetzung der VN-Politik der Bundesregierung zu beteiligen;
- 13) die VN-Nachhaltigkeits- und Entwicklungsagenda in nationale Politik zu übersetzen und finanziell angemessen auszustatten. Alle Ressorts der Bundesregierung, der Bundestag und die Zivilgesellschaft sind dabei einzubeziehen.

Berlin, den 13. Oktober 2015

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

Begründung

Der 70. Jahrestag des Inkrafttretens der Charta der Vereinten Nationen wäre der beste Anlass für die Bundesregierung, um eine neue Politik in und mit den Vereinten Nationen zu entwickeln. Eine VN-Politik aus einer Hand, die von inhaltlichen Prioritäten und nicht von engen Ressortgrenzen bestimmt wird, die die Menschenrechte stärkt und darauf setzt, Konflikte friedlich zu regeln. Mit einer starken europäischen Stimme im Sicherheitsrat. Und mit einer Beteiligung an Friedensmissionen, die den Anspruch mehr Verantwortung zu übernehmen auch in eine angemessene Personalstärke übersetzt.

Deutschland ist seit Langem in den Vereinten Nationen nur ein mittelmäßig aktiver und wenig innovativer Mitgliedstaat, der weit hinter seinen Möglichkeiten zurückbleibt. Mit dem Hinweis auf Reformbedarf werden die Vereinten Nationen in der deutschen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik oft vernachlässigt.

Das muss sich ändern. Die Bundesregierung sollte die Vereinten Nationen sowohl als Plattform als auch als zentralen politischen Akteur begreifen. Bisher wird Deutschland in den internationalen Gremien oft als bürokratisch und inhaltlich zaghaft erlebt. Das reicht angesichts der globalen Krisen nicht mehr aus. Deutschland muss auch politisch Stellung beziehen, Agenda-Setting betreiben, programmatisch Verantwortung übernehmen und multilateral Partnerschaften aufbauen, auch außerhalb etablierter Bündnisse.

Dazu gehört, dass Deutschland sich ernsthaft mit Grundsatzfragen befasst. Gute VN-Politik findet nicht nur in den Vereinten Nationen statt, sondern ist erst dann wirklich erfolgreich, wenn aus der Unterschrift unter einer internationalen Vereinbarung auch nationale Politik wird. Die Bundesregierung hat allerdings derzeit keine ressortübergreifende VN-Strategie. Auch inhaltlich weitreichende Entscheidungen werden innerhalb der internationalen Gremien in weiten Bereichen auf Arbeitsebene getroffen und sind nur selten Gegenstand von politischen Debatten und politisch sorgfältig überlegten Entscheidungen – von strategischer Koordination durch die politische Spitze ganz zu schweigen. So wird es schwierig, Positionen abzustimmen, ressortübergreifend politische Prioritäten zu definieren und diese erfolgreich umzusetzen.

Heute widerspricht die Bundesregierung mit ihrem Handeln vielfach den Zielen, die sie selber verhandelt und unterschrieben hat. Der Export von subventionierten Agrarprodukten aus der EU passt nicht zu dem Ziel, die Ernährungssicherheit in den Empfängerländern zu stärken. Und die deutsche Rolle auf dem internationalen Markt für Rüstungsgüter ist eine schwere Hypothek für den Schutz der Menschenrechte und die Vermeidung bewaffneter Konflikte. Wir wollen, dass Deutschland in seiner Innen- und Wirtschaftspolitik und gemeinsam mit den Vereinten Nationen diese Gegensätze abbaut: Durch eine Politik, die sich an den Menschenrechten ausrichtet und deren Instrumente stimmig ineinander greifen.

